Nummer 29 — Stuttgart, 17. Juli 1920 — 38. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Haase
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rötestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postscheckkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr
für die sechsgespaltene Kolonelzeile 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Es ist vollbracht!

Die Generalversammlung der Berliner Betriebsräte nahm nach einem Referat Rich. Müllers eine Resolution an, die folgendermaßen beginnt: „Die Generalversammlung der Betriebsräte hält an einer selbständigen Räteorganisation fest und beauftragt die Zentrale, sofort den Aufbau derselben zu vollenden.“ Dies ist ein Instanzenbeschluß, der nach der Auffassung der neuen Ueberorganisation volle Gültigkeit hat. Wir haben es nun in Zukunft mit Organisierten erster und zweiter Klasse zu tun, den Ueberorganisierten und den gewöhnlich Organisierten. Ob in die Ueberorganisation auch Nichträte aufgenommen werden, ist bis jetzt noch nicht ersichtlich, der ganzen Aufmachung nach ist aber kaum daran zu zweifeln. Zu beachten ist, daß von dieser Seite bis heute ein Rätesystem propagiert und gepredigt wurde, für dieses System sind wir voll und ganz eingetreten. Wir sehen in dem Rätesystem das Herrschaftsinstrument des Proletariats für die Zukunft. Jetzt wird aber von dieser Stelle die selbständige Räteorganisation, also der Zusammenschluß der von der Belegschaft gewählten Betriebsräte, der Vertrauensmänner der Masse, in einer besonderen Organisation gefordert. Eine unverantwortliche Häufung von Konfliktstoff wird damit geschaffen. Wir müssen dieser Wendung der Dinge unser volles Augenmerk schenken im Interesse der Allgemeinheit.

Eine beachtenswerte Entscheidung für Betriebsräte

wurde in der Streitsache des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gegen die Firma Gebr. Voigthaus, Velbert, gefällt. Bei der eingehenden Erörterung der Streitfrage wurde zunächst die Frage der Entlassungen derjenigen Arbeiter, die Betriebsratsmitglieder sind, besprochen, wobei sich zwischen beiden Parteien die Frage als strittig zeigte, ob diese Arbeiter überhaupt als Betriebsratsmitglieder anzusehen sind oder nicht. Vom Vorsitzenden wurde hierzu auf die Bestimmungen der §§ 93, 94 und 103 BMG. sowie die zu letzterem ergangenen Ausführungsbestimmungen, wonach der Gewerbeinspektor die für die Entscheidung solcher Streitigkeiten zuständige Stelle ist, hingewiesen und ferner auch auf die Vorschrift des § 96 BMG. aufmerksam gemacht, nach der die Zustimmung der Betriebsvertretung zu einer rechtsgültigen Kündigung eines Mitgliedes derselben ein gesetzliches Erfordernis ist und die fehlende Zustimmung nur durch einen dahin lautenden Spruch des Schlichtungsausschusses, der vom Arbeitgeber zu beantragen ist, ersetzt werden kann. Letzteres ist in vorliegendem Falle nicht geschehen und somit eine Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses in dieser Frage nicht gegeben. Es bleibt für die hierbei in Frage kommenden Arbeiter die Möglichkeit, den ordentlichen Rechtsweg zu beschreiten, und somit auch für den Schlichtungsausschuß nur noch die andere strittige Frage zu prüfen, ob die nach § 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920 vorgeschriebene Reihenfolge bei der Vornahme der Entlassungen eingehalten ist. Der Schlichtungsausschuß schließt sich dieser Ansicht des Vorsitzenden an. Der Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes will nun die Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses nach § 74 in Verbindung mit § 66 Abs. 3 des BMG. herleiten. Auch auf diese Weise hält jedoch der Schlichtungsausschuß seine Zuständigkeit nicht für begründet, da die Voraussetzung des § 29 Abs. 3 des BMG., wonach die Anrufung des Schlichtungsausschusses erst zulässig ist, wenn mit dem Arbeitgeber die strittige Angelegenheit verhandelt worden ist, nicht gegeben ist. Nach eingehender Beratung verkündete dann der Vorsitzende folgenden

Schiedsspruch:

Die von der Firma Gebr. Voigthaus ausgesprochenen Kündigungen bestehen zu unrecht, da bei der Auswahl der zu entlassenden Arbeitnehmer die Vorschriften des § 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920 nicht beachtet worden sind. Der Firma wird daher aufgegeben, alsbald die Reihenfolge der zu entlassenden Arbeiter nach erneuter Prüfung festzulegen, und zwar unter Beachtung der vorgenannten Vorschrift. Hierbei hat sich die Firma, da es sich um Entlassung einer größeren Zahl von Arbeitnehmern handelt, gemäß den Bestimmungen des § 74 des BMG. mit dem Betriebsrat ins Benehmen zu setzen.

Gründe:

Bei der Prüfung der Reihenfolge der Entlassungen, bei der die sozialen Verhältnisse der einzelnen gekündigten Arbeiter erörtert wurden, ist festgestellt worden und von der Firma unbestritten geblieben, daß unter den gekündigten, vom Metallarbeiter-Verband namhaft gemachten Arbeitern sich mehrere verheiratete oder alleinstehende Arbeiter befinden, wohingegen im Betrieb zurzeit noch eine Anzahl unverheirateter Arbeiter, die die gleiche Arbeit verrichten wie die ersteren, tätig sind. Ferner wurde festgestellt, daß in dem Betriebe noch etwa 50 Arbeiter voll und rund 110 Arbeiter in gekürzter Arbeitszeit beschäftigt werden. Nach vorstehendem hat der Schlichtungsausschuß die Überzeugung gewonnen, daß die Vorschriften des § 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920 über die Reihenfolge der Entlassungen nicht beachtet worden sind und deshalb wie geschehen zu erkennen war.

gez. Bastheim — gez. Falke

Hier zeigt sich, daß der Betriebsrat eine ungeahnte Macht hat, um die Arbeitslosigkeit zu steuern, wenn er auf dem Posten ist. Beispiel: Ein Unternehmer gibt an, wegen Mangel oder Annullierung von Aufträgen die Arbeitszeit einschränken oder Entlassungen vornehmen zu müssen, und nimmt dieserhalb Fühlung mit dem Betriebsrat. Derselbe verlangt aber etwas mehr zu wissen, und zwar, ob nicht ein Reservefonds vorhanden ist, der es gestattet, auf Lager zu arbeiten oder Notstands- und Aufräumungsarbeiten zu machen. Diese Mitteilung verweigert aber der Unternehmer, dann verweigert der Betriebsrat die Zustimmung zur Verkürzung der Arbeitszeit sowohl als zur Vornahme von Kündigungen. Solange der Unternehmer jetzt nicht den Schlichtungsausschuß anruft, hat er für alles aufzukommen, was den Arbeitern an Schaden entsteht, und die Arbeiter rufen in diesem Falle das Gewerbegericht an, weil der Unternehmer in diesem Falle in Verzug kommt mit der Annahme der Dienste.

Geht aber der Unternehmer an den Schlichtungsausschuß, muß der Betriebsrat den Antrag stellen, daß derselbe ebenfalls Einsicht nimmt in den Stand des Geschäfts. So muß Hand in Hand gearbeitet werden, dann kommt das Mitbestimmungsrecht von selbst, aber das erfordert Geschick und Ausdauer von seiten der Betriebsräte und ist eine praktische, logische Auslegung des Betriebsrätegesetzes.

Die Wirtschaftslage zu Beginn des Monats Juli

In der allgemeinen Wirtschaftslage Deutschlands hat sich in der letzten Berichtswoche nichts geändert. Der Kurs des deutschen Geldes ist auch in der Berichtswoche etwas in die Höhe gegangen, wenn auch ein zweifelloser Stillstand in dieser Beziehung eingetreten ist. Wenn im Laufe des Monats Mai die deutschen Kurse eine rasche Vorwärtssteigerung aufwiesen, so ist die Besserung des Kurses im Laufe des Juni nur eine langsame und geringe gewesen. So zum Beispiel betrug der Devisenkurs in Berlin (Geld) für Amsterdam Ende April 2082¾, Ende Mai 1358,6 M pro 100 Gulden und Ende Juni 1346,50, wobei am 21. Juni der Kurs 1353,6 war. Für Schweizer Banknoten zahlte man Ende April 1018,7, Ende Mai 719,25 und Ende Juni 686,75. Die Kurssteigerung hat sich also bedeutend verlangsamt, wenn sie auch immerhin noch eine steigende Richtung aufweist.

Wie groß der Umlauf an Zahlungsmitteln in dieser Zeit ist, läßt sich vorläufig noch nicht sagen. Für Mitte Juni sind die Zahlen bekanntgegeben und stellen sich auf 64,2 Milliarden Mark Reichsbanknoten und Darlehenskassenscheine zusammen. Gegenüber dem Vorjahre ist eine Erhöhung von über 50 v. H. eingetreten und gegenüber Anfang 1919, als der Umlauf an Papiergeld 32,3 Milliarden betrug, ist eine Verdoppelung eingetreten. Diese rasche Steigerung des Notenumlaufs erklärt zum Teil das Sinken des Markkurses. Die Steigerung des Kurses seit Ende April ds. Js. ist im allgemeinen nicht groß und nach dem Stand vom 1. Januar ds. Js. noch nicht erreicht, wird aber im großen und ganzen wohl den Kurs auf den Stand bringen, den er nach dem Umfange des Notenumlaufs haben mußte.

In der wirtschaftlichen Entwicklung sind in der letzten Woche ebenfalls keine besonderen Änderungen eingetreten. Charakteristisch für die allgemeine Lage ist der Bericht über die Lage des Arbeitsmarkts im Monat Mai, der eben erst bekanntgegeben worden ist. Darin wird u. a. folgendes ausgeführt:

„Die wirtschaftliche Krise, deren erste Anzeichen bereits im März sich ankündigten, hat sich im verflossenen Mai in besorgniserregender Weise weiter verschärft.

Die Höherbewertung der Mark an den Weltbörsen hat sich im allgemeinen behauptet, hat die Preise für deutsche Ware den Weltmarktspreisen angeglichen, den Auslandsmarkt für deutsche Erzeugnisse nahezu verschlossen und im Inlande die Käufermassen, deren Kaufkraft ohnehin nahezu erschöpft war, zu einer spekulativen Zurückhaltung veranlaßt. Die Folge ist, daß in sämtlichen Industrien Inlands- und Auslandsabsatz stockt und Betriebseinschränkungen und Stillegungen immer mehr um sich greifen. Am schwersten betroffen sind die Lederindustrie, die Möbelindustrie und die Konfektion, an deren Hauptstandorten die Erwerbslosenzahlen stark gewachsen sind. Die Aussichten sind äußerst ungünstige, wenn es nicht gelingt, durch die seitens der Regierung eingeleiteten, vor allem auf Verhinderung weiterer Kohlenpreissteigerungen zielenden Maßnahmen den Preisrückschlag in einen organischen Preisabbau überzuleiten. Nach der Statistik der Arbeitersachverbände betrug der Hundertsatz Arbeitsloser im Monat Mai bei dem Textilarbeiterverband 6,2 gegen 3,6 im Vormonat, bei dem Holzarbeiterverband 3,2 gegen 1,3, bei dem Bauarbeiterverband 2,3 gegen 1,9, bei den Fabrikarbeitern 2,1 gegen 1,6, bei den Metallarbeitern 1,8 gegen 1,2, bei den Transportarbeitern 1,7 gegen 1,5, bei den Gemeinde- und Staatsarbeitern 1,4 gegen 1,2, endlich bei dem christlichen Metallarbeiterverband 0,6 gegen 0,4 im Vormonat. Die Arbeitsnachweise mußten ebenfalls eine weitere Zunahme der Stellungsuchenden feststellen.

Die Berichte der Demobilmachungskommissare über die Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Erwerbslosen zeigen noch immer einen Rückgang der Gesamtzahlen. Am 1. Mai betrug die Zahl der Erwerbslosen (Hauptunterstützungsempfänger) 292 326, am 1. Juni 271 961; auf das männliche Geschlecht kamen hiervon 209 407 (am 1. Mai 228 573), auf das weibliche 62 554 (am 1. Mai 63 753). Die Zahl der unterstützten Familienangehörigen Erwerbsloser (Zuschlagsempfänger) sank ebenfalls von 273 490 am 1. Mai auf 254 159 am 1. Juni.“

Der Einfluß dieser Lage auf den Warenmarkt war gering. Die Unternehmer sträuben sich nach wie vor, die Preise zu ermäßigen. Die „Industrie- und Handelszeitung“ erfährt, daß der Reichskohlenverband beschlossen habe, die Preislage für Kohlen im Monat Juli im wesentlichen unverändert zu lassen. Für das Ruhrkohlengebiet ergeben sich überhaupt keine, für die übrigen Kohlenreviere nur ganz unwesentliche Veränderungen. Die „Frankfurter Zeitung“ bringt eine Zuschrift von dem Eisen- und Stahlwarenindustriebund über die Preise der Säge- und Maschinenmesser wie folgt:

„Bei der Kundschaft findet man vielfach die Ansicht, daß die Zeit einer Herabsetzung der Preise gekommen sei, um so mehr, da die Blechverbände ihre Materialaufschläge von 600 auf 550 v. H. ermäßigt haben. Es wird jedoch nicht berücksichtigt, daß diesem Preisnachlaß von 7 bis 8 v. H. als neue Mehrausgaben gegenüberstehen: eine Lohnerhöhung seit dem 3. Juni von zirka 16 v. H., Ferienzulagen, eine Gehaltszulage von durchschnittlich 30 v. H. für Angestellte, Erhöhung des Kraftstrompreises, Erhöhung der Gewerbesteuer von 300 auf 700 v. H., Erhöhung der Beiträge für die Standesvertretungen und für die Krankenkassen.“

Die englischen Stahlfabrikanten haben im übrigen die Preisnotierungen um 1 £ pro Tonne erhöht.

Einige deutsche Unternehmer haben es sogar für angemessen erachtet, jetzt noch Preiserhöhungen vorzunehmen. So zum Beispiel hat die Verkaufsstelle vereinigter Fabrikanten isolierter Leitungsdrähte mitgeteilt, daß die Teuerungszuschläge für Lieferungen im Monat Juli wie folgt festgesetzt worden sind: „NGG, NGCW, NJC 1 bis 4 qmm 70 v. H., 6 bis 25 qmm 40 v. H., 35 bis 150 qmm 20 v. H., NGA, NGAW, NJA 1 bis 4 qmm 70 v. H., 6 bis 25 qmm 40 v. H., 35 bis 150 qmm 20 v. H., CG und AG 1 und 1,5 qmm 70 v. H., AGC, AFC und KPU 125 v. H., AGA, AFA 125 v. H., KPC und KPA 1 bis 6 qmm 130 v. H., 10 bis 35 qmm 70 v. H., 50 bis 150 qmm 30 v. H., MKC, MKA und NSHC 100 v. H. Für farbige Imprägnierung (NGG, NGCW, NJC, NGA, NGAW und NJA) wird der listenmäßige Mehrpreis auf 10 v. H. und für Schnüre mit Kunstseidenumhäppelung auf 25 v. H. festgesetzt.“

Umgekehrt macht sich eine rückläufige Bewegung der Eisenpreise in Belgien bemerkbar. Einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ vom 2. Juli über den Eisenmarkt in Belgien entnehmen wir folgendes: „Am belgischen Eisenmarkt setzt sich der Preisabbau für alle Artikel durch und die Handelskreise rechnen noch mit einer Fortsetzung der rückläufigen Bewegung. Die Nachfrage aus dem Inland hat sich, wie die Berichte sagen, außerordentlich abgeschwächt. Aus dem Ausland, namentlich aus der Schweiz und Holland kommt dagegen noch ziemliche Nachfrage, der es allein zu verdanken sei, daß der Abstieg beispielsweise der Roheisenpreise nicht noch viel rapider vor sich geht, wobei zu bemerken ist, daß infolge der reichlicheren Brennstofflieferungen aus Deutschland die Roheisenerzeugung sich neuerdings gebessert hat. Stabeisen kostet zurzeit frei Waggon 135 Fr. pro 100 kg, für Export 145 Fr. von Antwerpen, Bandeisen Grundpreis 200 Fr., 1½ bis 2 mm 200 Fr., 1 mm 225 Fr., Siemens-Martinstahl, gewöhnliche Weichheit, 150 Fr., halbgehärtet 160 Fr., Federstahl, englisch, 40 £ cif Antwerpen, Federstahl, belgisch, 190 bis 210 Fr. Gewöhnliche Bleche 145 Fr., 3 mm 175 Fr., 1 mm 195 Fr., 5 bis 10 mm 195 Fr. Diese Preise hört man wenigstens offiziell nennen, aber angesichts der Baissetendenz gibt es kaum eine feste Norm.“

Zur Kennzeichnung der Lage der deutschen Eisen- und Stahlindustrie seien noch erwähnt die Klagen, die seitens der Industriellen über die mangelhafte Versorgung mit Rohstoffen, speziell mit Minetteerzen aus Lothringen, laut werden. Die Klagen datieren seit Mai. Die Lage scheint aber in der letzten Woche nicht besser geworden zu sein. Anstelle der lothringischen Erze werden in größerem Umfange Erze aus Schweden und Spanien herangezogen, wozu die Erhöhung des Markkurses dem deutschen Unternehmer zugute kommt.

Zur Charakterisierung der Lage der deutschen Industrie im letzten Monat sei noch auf den Kapitalbedarf nach der Zusammenstellung der „Frankfurter Zeitung“ hingewiesen:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
Zahl der Gesellschaften	186	250	265	167	170	129
Kapitalerhöhungen: Millionen	607,7	651,2	627,3	843,9	751,7	468,4
Banken	—	84,1	63,8	239,0	139,2	103,4
Textilindustrie	—	65,2	31,8	19,0	46,5	9,2
Berg- und Hüttenindustrie	—	69,6	130,4	79,6	78,4	23,0
Metall- u. Maschinenindustrie	—	147,9	147,6	85,2	128,6	57,5
Elektrizitätsindustrie	—	—	8,7	222,3	64,3	100,3
Zuckerindustrie	—	—	—	3,0	54,0	15,0

Ein anderes Charakteristikum der deutschen Lage bildet die Konkursübersicht in Deutschland. Der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen wir folgende Zusammenstellung:

	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
Ganzes Jahr	9725	7739	4595	2279	1440	807	1015	—
Erstes Halbjahr	5279	4490	1826	1343	730	459	548	447

Im ersten Quartal 1920 waren 207 Konkurse angemeldet gegenüber 285 zur gleichen Zeit 1919; im zweiten Quartal waren 240 gegenüber 273 1919. Während das zweite Quartal 1919 eine verringerte Anzahl von Konkursen aufwies, stieg die Ziffer der Konkurse im zweiten Quartal gegenüber dem 1. Quartal ziemlich an und im Monat Juli erreicht die Zahl der Konkurse (106) die höchste Ziffer.

Hingegen macht sich diese Bewegung auf der Börse noch kaum bemerkbar, wenn auch eine Abschwächung der Kurse unzweifelhaft seit dem 1. März eingetreten ist. Die Steigerung des Geldwertes drückt sich auch in der Sinkung der Kurse der Börsenpapiere aus, die aber in der letzten Woche aufgehalten worden ist. Einer Zusammenstellung der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen wir folgende Übersicht über die Bewegung der Kurse von 5 festverzinslichen Werten und 15 typischen Dividendenpapieren. Danach stellte sich der Kurs der Aktien am 1. September 1919 auf 3581,5, am 1. März 1920 auf 12 108,9, am 12. Juni auf 7307,9 und am 19. Juni auf 7397,6. Der Kurs der Anleihe betrug am 1. September 1919 511,2, am 1. März 1107,3, am 12. Juni 641,3 und am 19. Juni 637,0. Wenn also der Kurs der festverzinslichen Papiere auch im Juni immer weiter gesunken ist, ist der Kurs der Dividendenpapiere infolge der bekannt gewordenen guten Abschlüsse etwas gestiegen. Auf jeden Fall stehen die Kurse noch doppelt so hoch als am 1. September 1919. *Lzs.*

Zur Wirtschaftslage in der bergischen Kleineisenindustrie

Die Stadt Velbert im Rheinland ist eine Metropole der Schloß- und Schlüsselindustrie. Die Produkte der hiesigen Unternehmungen sind im Verlauf der letzten 1½ Jahre in riesigen Mengen nach dem Ausland gegangen. Große Massen von Rohstoffen sind auf diese Weise der deutschen Volkswirtschaft entzogen worden. Durch das Steigen der Valuta ist auch in der Velberter Schloßindustrie eine Krise eingetreten.

Die Velberter Fabrikanten haben in den letzten Jahren geradezu ungeheure Gewinne erzielt. Die Preise für die Schlösser und Schlüssel, also alles Artikel für den Massenbedarf, haben eine schwindelnde Höhe erreicht. Ein gewöhnliches Vorhangschloß, das man vor dem Kriege für 30 ₰ kaufen konnte, kostet gegenwärtig 8 bis 9 M. Im November 1919 nahmen die Unternehmer eine Preissteigerung von 600 v. H. für das Inland und eine solche von 750 v. H. für das Ausland vor. Es haben in der Folge dann fortlaufend Preissteigerungen stattgefunden. Im Januar 1920 betrug die Preissteigerung für das Inland 2400 v. H., für das Ausland 3300 v. H. gegenüber den Friedenspreisen. Natürlich haben inzwischen wieder ganz erhebliche Preiserhöhungen stattgefunden.

Die Löhne der Arbeiter haben nicht im entferntesten Schritt halten können. Erst im März 1919 gelang es der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, mit dem Fabrikantenverein für die hiesige Metallindustrie einen Tarifvertrag abzuschließen. Bis dahin erfolgte die Regelung der Löhne und Akkordpreise ganz willkürlich durch die Betriebsleitungen. Es ist selbstverständlich, daß bei dieser Regelung die Arbeiter sehr schlecht abgeschnitten haben. So betrugen die Löhne für Facharbeiter vor dem Kriege etwa 50 ₰ pro Stunde. Wohlgemerkt bei intensiver Akkordarbeit! Gegenwärtig erhalten die Facharbeiter 4,10 bis 4,70 M pro Stunde. Für die Former sind die Löhne etwas höher. Das entspricht einer Preissteigerung gegenüber der Friedenszeit von ungefähr 900 v. H., also noch nicht das 10fache des Friedenslohnes.

Diese gewaltige Differenz zwischen den Löhnen und den Preisen ist in die Taschen der Unternehmer geflossen. Gewiß sind auch die Preise für Roheisen ganz gewaltig in die Höhe gegangen, aber lange nicht in dem Maße, um eine solche Steigerung, wie sie die Fertigprodukte erfahren haben, zu rechtfertigen. Bei einer Zusammenkunft der Fabrikantenexporteure mit den Eisenerzeugern machten erstere den letzteren Vorhaltungen, daß sie ganz anständige Preise für das Roheisen erhielten. Da erklärte der Großindustrielle Thyssen: „Ja, meine Herren, wenn Sie bei uns von ‚hohen‘ Preisen reden, müssen wir bei Ihnen schon von unverschämten Preisen sprechen. Sie erhielten von uns die Tonne Eisen zu 3000 M, verkauft haben Sie dieselbe für 9000 M.“ Man sieht, wenn zwei sich streiten, erfährt der dritte die Wahrheit. Eine große Anzahl Unternehmer, die vor dem Kriege kaum die Löhne für ihre Arbeiter aufbringen konnten, sind jetzt schwerreiche Leute. Sie entfalten einen Luxus, der angesichts der Not der

arbeitenden Bevölkerung besonders aufreizend wirkt. In das am Ort bestehende Bürgerkasino ist erst vor kurzem eine Inneneinrichtung für 200 000 M hineingebaut worden. Einem Offizier gegenüber hat einer dieser Biedermänner erklärt, daß er für seine persönlichen Bedürfnisse allein jährlich 50 000 M gebrauche. Eine Summe, von der 4 bis 5 schwerarbeitende Familienväter noch ihre Familie ernähren müssen. Überflüssig zu sagen, daß die Velberter Fabrikantenschaft äußerst reaktionär ist. Einer der bekanntesten Scharfmacher der Kleineisenindustrie, Direktor van den Kerckhoff, ist als Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei in den Reichstag gewählt. Die Klassengegensätze sind hier deshalb ganz besonders scharf ausgeprägt. Die täglich erscheinende hiesige Zeitung genügte den Herren zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung nicht mehr. Seit einiger Zeit erscheint dreimal wöchentlich die Velberter Rundschau, die den Kampf gegen den Sozialismus nach Art des seligen Reichslügenverbandes führt.

Die Verhältnisse in der Velberter Kleineisenindustrie zeigen, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise durch den Zusammenbruch der Kaufkraft der minderbemittelten Bevölkerung hervorgerufen ist. Der Arbeiter und Angestellte ist ganz einfach nicht in der Lage, sich jetzt Möbel zu kaufen, an denen das Schloß mitunter mehr kostet, als früher das ganze Stück.

Nun sind die Unternehmer getreu ihren Überlieferungen bestrebt, die Folgen der Krise auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Ein Teil der Betriebe arbeitet verkürzt. Binnen kurzem werden viele Arbeiter zur Entlassung kommen. Man schert sich hierbei verteufelt wenig um die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes. § 74 dieses Gesetzes schreibt ja vor, daß der Unternehmer, der Entlassungen und Betriebseinschränkungen vornehmen will, sich vorher mit dem Betriebsrat in Verbindung zu setzen hat. Immer wieder wird versucht, sich um diese unbequeme Bestimmung herumzudrücken. Man stützt sich dabei auf eine Verordnung des Demobilmachungskommissars, nach der die Unternehmer solcher Betriebe, in denen sehr viele Kriegsteilnehmer, Kriegsgefangene, Zivilinternierte zur Einstellung kommen müssen, nicht gehalten sind, sich bei Betriebseinschränkungen mit dem Betriebsrat in Verbindung zu setzen. Hierbei erkennt man die völlige Unzulänglichkeit des famosen Betriebsrätegesetzes. Für den Geist der Herren Scharfmacher ist es bezeichnend, daß ein Fabrikant einem Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes gegenüber äußerte, er solle ihm die Erlaubnis geben, sämtliche Arbeiter zu entlassen, dann wolle er die Maschinen vernichten und die Fabrik in Brand setzen. Jawohl, was schert die Herren der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, wenn sie keine riesenhaften Profite mehr machen können. Sie haben die Taschen voll, sie halten es aus, mögen dabei auch Hunderttausende von Volksgenossen elend verhungern.

So zeigt es sich auch in der Bergischen Kleineisenindustrie, daß der Kapitalismus nicht in der Lage ist, die notwendigen Lebensbedingungen für die arbeitende Bevölkerung zu schaffen. Einen Ausweg bietet nur der Sozialismus. Gelingt es der Arbeiterschaft nicht, die politische Macht zu erobern, um mit Hilfe des Rätesystems Einfluß auf das Wirtschaftsleben zu bekommen, ist sie dem Untergang geweiht. Jetzt sind die Lager voll. Die arbeitslosen Massen liegen hungernd und buchstäblich zerlumpt auf der Straße und können nichts kaufen. An die Stelle der planlosen Profitwirtschaft muß die planmäßige, sozialistische Gemeinwirtschaft treten. Es wird höchste Zeit dazu. Bei dem ungeheuren Bankrott, den das Proletariat vorfindet, wird es ungeheure Arbeit geben. Setzen wir alles daran, um diese riesenhaften Aufgaben lösen zu können.

Otto Kunze.

Sitzung des erweiterten Beirats

(Schluß.)

Zum fünften Punkt der Tagesordnung, Stellungnahme zum Entwurf einer Schlichtungsordnung, erstattet das einleitende Referat

Reichel: Der vom Reichsarbeitsministerium herausgegebene Entwurf einer Schlichtungsordnung greift in das hauptsächlichste Gebiet der Gewerkschaften, die Regelung der Arbeitsbedingungen, ein und versucht, die Lohnkämpfe gesetzlich zu regeln. Der Entwurf bewegt sich auf einer falschen Bahn; es ist der Grundsatz nicht berücksichtigt, daß die Träger einer Schlichtungseinrichtung nur die wirtschaftlichen Organisationen sein können. Tief zu bedauern ist, daß ein solcher Entwurf der Öffentlichkeit unterbreitet werden konnte. Er hat zwar zurzeit keine aktuelle Bedeutung, aber er wird später die Basis bilden für eine Regelung des Schlichtungswesens in der Richtung der Ausschaltung von Arbeitskämpfen. Redner bespricht die wichtigsten Bestimmungen des Entwurfs. Zu verurteilen sind besonders die Revisionskammern, zu denen die Berufung von juristisch gebildeten Personen vorgesehen ist. Die Art der Bestellung der Beisitzer zu den Schlichtungsinstanzen ist schwerfällig. Das Einspruchsrecht der höheren Verwaltungsbehörde, gegen die Sprüche der Schlichtungsausschüsse ist eine behördliche Bevormundung, die allein schon zur Ablehnung des Entwurfs Anlaß gibt. Die Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen wird sich auch nicht rascher vollziehen; das Verfahren ist viel umständlicher als bei der heutigen Praxis, die schon viel zu langsam arbeitet. Wir müssen der Regierung deutlich zu verstehen geben, daß die gesetzliche Verabschiedung einer solchen Schlichtungsordnung schwere Kämpfe der Arbeiter hervorrufen würde und daß die künftige soziale Gesetzgebung sich mit dieser Schlichtungsordnung nicht mehr befassen darf. Im Einverständnis mit dem Vorstand empfiehlt Redner die Annahme einer Resolution, durch die gleichzeitig die Demobilmachungskommissare aufgefordert werden sollen, die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen und Tarifen zu beschleunigen.

Über den Wechselbalg der Schlichtungsordnung wird keine Debatte gepflogen und die Resolution nach einigen, aus der Mitte der Versammlung vorgeschlagenen Änderungen angenommen. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Der vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeitete Entwurf einer Schlichtungsordnung zur Verhütung und Beilegung gewerblicher Streitigkeiten (Arbeitseinstellungen, Aussperrungen) ist in seinem Aufbau bürokratisch schwerfällig und in seinen Zielen reaktionärer Natur. Die vorgelegte Schlichtungsordnung ist deshalb für die organisierte Arbeiterschaft völlig unannehmbar.

Der Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes verurteilt, daß eine solche Vorlage überhaupt ausgearbeitet werden konnte. Ihre etwaige gesetzgeberische Behandlung müßte den entschiedensten Widerspruch der organisierten Arbeiterschaft ohne Unterschied der Richtungen hervorrufen und schwere Erschütterungen des Wirtschaftslebens zur Folge haben. Er erwartet daher, daß der Entwurf in der Versenkung verschwindet und keinerlei Versuch unternommen wird, auf ihn je wieder zurückzukommen.

Dabei erkennt der Beirat des D. M.-V. grundsätzlich an, daß eine Fortbildung der bestehenden Schlichtungseinrichtungen durch Schaffung eines Reichseinigungsamtes geboten ist. Das Verfahren über die Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen muß vereinfacht und beschleunigt werden. Träger des gewerblichen Schlichtungswesens sind die wirtschaftlichen Interessenvereinigungen der Arbeiter und Unternehmer.

Bei einer Reform des gewerblichen Schlichtungswesens darf das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter unter keinen Umständen angetastet werden; desgleichen muß den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter und Angestellten das freie Entschlußrecht über die Annahme oder Ablehnung von Schiedssprüchen unbedingt erhalten bleiben."

Zum letzten Punkt der Tagesordnung „Eisenwirtschaftsbund" erhält das Wort

Schlesiedt, der den Aufbau des Wirtschaftslebens erläutert, wie er im Vorjahr als „Planwirtschaft" gedacht war, und darlegt, daß der jetzt gebildete Eisenwirtschaftsbund als Fortsetzung der Wissell-Möllendorffschen Planwirtschaft zu betrachten sei. An unserer Organisation konnten die Gründer des Eisenwirtschaftsbundes nicht achtlos vorbeigehen. Wir wurden zur Mitarbeit aufgefordert unter Hinweis darauf, daß der Bund eine Regelung der Preise, der Herstellung, des Verkaufs und Verbrauchs der Eisenproduktion usw. übertragen bekomme. Da in schriftlichen und mündlichen Verhandlungen ausdrücklich erklärt wurde, daß der Eisenwirtschaftsbund nicht mit der Arbeitsgemeinschaft in Verbindung stehe, sagten wir die Teilnahme unter allem Vorbehalt zu und entsandten zu der ersten Sitzung des Eisenwirtschaftsbundes zwei Kollegen aus Essen und Düsseldorf zur Information.

Hier stellte sich heraus, daß die Verordnung über den Eisenwirtschaftsbund im Widerspruch steht zu den gemachten Versprechungen. Die Verordnung besagt über die Ernennung der Mitglieder, daß die Arbeitnehmer von der Zentralarbeitsgemeinschaft ernannt werden, während das Delegationsrecht für Unternehmer und Angestellte ihren Organisationen vorbehalten ist. Man will uns in die Arbeitsgemeinschaft zwingen bei allen nur denkbaren Gelegenheiten. Das geschieht von den Unternehmern und auch von den Gewerkschaften, die der Arbeitsgemeinschaft angehören. Wir gehen nicht unter dieses kaudinische Joch.

Im Eisenwirtschaftsbund stellte unser Vertreter sofort den Antrag, daß die Arbeitnehmer durch die Gewerkschaften bestimmt werden. Dieser und andere Anträge wurden abgelehnt und wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß eine Mitwirkung des Metallarbeiter-Verbandes ausgeschlossen ist, solange uns nicht gewährleistet wird, daß auch die Vertreter der Arbeiter durch ihre Organisationen ernannt werden.

Die Stellung des Vorstandes hat Befremden bei denen ausgelöst, die glauben, daß unsere Teilnahme unbedingt erforderlich ist, weil wir Kenntnis von Dingen erhalten könnten, die uns bis jetzt verschlossen sind.

Der Wert dieser Information wird nach Erachten des Redners überschätzt. Die Unternehmer halten ihre Einrichtungen aufrecht, werden auch nach wie vor ihre Preise selbst bestimmen und ausschlaggebenden Einfluß haben wir nicht.

Die Prüfung der Produktionskosten soll uns möglich sein! Wenn die Regierung Interesse daran hat, daß die Arbeiter Einblick in die Preisbestimmung erhalten, dann kann sie den Betriebsräten größere Rechte geben. Die Herstellungskosten lassen sich genau nur ermitteln, wenn den Arbeiterräten ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird.

Bald nach unserer Absage hat uns das Reichswirtschaftsministerium zu einer Verhandlung eingeladen und weil wir nicht abkommen konnten, wurden wir telephonisch nochmals dringend zur Mitarbeit aufgefordert. Prinzipiell lehnen wir nicht ab, obwohl wir uns unseres geringen Einflusses bewußt sind, und wir werden uns auch vorbehalten, zurückzutreten, wenn der Arbeitsaufwand in keinem Verhältnis zum „Erfolg" steht. Wir bestehen aber auf unserer Forderung des Selbstbestimmungsrechtes der Gewerkschaften. Gleichzeitig verlangen wir auch eine unserer Stärke entsprechende Vertretung.

Redner bespricht darauf die Bildung des vorbereitenden Reichswirtschaftsrats, wobei dasselbe zutage trat wie beim Eisenwirtschaftsbund. Alles wird durch die Zentralarbeitsgemeinschaft geregelt, die sich sogar das Recht herausnahm, Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes als Vertreter der Metallarbeiter zu Mitgliedern des Reichswirtschaftsrats zu ernennen, obwohl unser Verband der Arbeitsgemeinschaft nicht angehört.

Es ist selbstverständlich, daß dies nur durch die Organisation geschehen kann, und wir verlangen, zu allen diesen Dingen auch im vorbereitenden Stadium herangezogen zu werden.

Es ist dem Vorstand nachgesagt worden, daß er im Formalismus erstickt und aus Furcht vor der Arbeitsgemeinschaft Gespenster sieht. Das Gegenteil trifft zu. Wir verlangen nur unser Recht und werden es uns auch zu erkämpfen wissen. Die schiefe Bahn, auf welche man uns bringen möchte, um die Verbandstagsbeschlüsse zu verletzen, werden wir nicht betreten. Redner schlägt dem Beirat folgende Willenskundgebung vor:

„Nach den vorliegenden Meldungen wurden durch die Zentralarbeitsgemeinschaft zum vorbereitenden Reichswirtschaftsrat auch vier Mitglieder unseres Verbandes ernannt, während anderseits unsere Organisation als größte deutsche Gewerkschaft völlig ausgeschaltet worden ist.

Der erweiterte Beirat erklärt, daß eine Berufung von Mitgliedern unseres Verbandes, die als Arbeitnehmer, Vertreter der Metallindustrie in Frage kommen, zum vorbereitenden Reichswirtschaftsrat wie auch zu anderen Körperschaften nur durch unsere Organisation erfolgen kann.

Der erweiterte Beirat fordert daher die nicht durch unsere Organisation als Vertreter zum vorbereitenden Reichswirtschaftsrat ernannten Mitglieder unseres Verbandes auf, eine solche Berufung abzulehnen."

In der Diskussion spricht Spiegel über die Arbeitsgemeinschaften, die sich nach der Revolution in Rheinland-Westfalen bildeten, und bemerkt, daß nach der Stuttgarter Generalversammlung die Teilnahme des Verbandes gekündigt worden sei. Wir hatten Einfluß auf die Preisgestaltung und würden im Eisenwirtschaftsbund nach dieser Richtung noch viel bestimmteren Einfluß gewinnen. Auch steht uns durch aktive Teilnahme Material zur Verfügung, das in wertvoller Weise ausgenützt werden kann. Redner spricht in weiteren Ausführungen für die Mitwirkung der Organisation am Siedlungsverband.

Ufermann (Düsseldorf), der den Vorstand in der Sitzung des Eisenwirtschaftsbundes vertreten hat, berichtet Einzelerscheinungen bei den Verhandlungen. Eine Einwirkung haben wir; es sei nicht richtig, wenn die Metallarbeiter-Zeitung in dem Artikel „Ein neuer Volksbetrug" schreibe, der Eisenwirtschaftsbund könne machen, was er wolle.

Unsere Vertreter in Verbindung mit denen der „Afa" können sehr wohl Beschlüsse unwirksam machen.

Wenn unseren Forderungen Rechnung getragen würde, sei eine Mitwirkung zu empfehlen.

Vorhölzer: Für das Wirtschaftsleben hat der Eisenwirtschaftsbund eine außerordentliche Bedeutung. Schon Anfang Mai habe er den Vorstand darauf hingewiesen; die Ausführungen Ufermanns zeigen die Berechtigung seiner Ansicht. Ein Fernbleiben des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes als größter Organisation könnte mit nichts gerechtfertigt werden.

Voß (Halle) äußert sich in ähnlichem Sinne.

Schlesiedt: Durch die Entschließung soll dokumentiert werden, daß eine wirtschaftliche Vertretung in bestimmten Körperschaften nur durch den Verband erfolgen kann. An einen bestimmenden Einfluß glaubt Redner nicht. Wenn die Regierung im Ernst überzeugt ist, daß der Metallarbeiter-Verband das einzige Gegengewicht gegen die Unternehmer im Eisenwirtschaftsbund ist, dann soll sie die Verordnung ändern, damit uns die Möglichkeit zum Beitritt gegeben ist.

Die Entschließung des Vorstandes wird in der oben wiedergegebenen Form angenommen.

Der Vorstand teilt darauf eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten mit, die sich beziehen auf die Teuerungszulage, den Beitritt Schwerbeschädigter in die 2. oder 3. Beitragsklasse, die Anrechnung der Arbeitslosenunterstützung des Verbandes bei der Erwerbslosenfürsorge, den Beitritt von Werkmeistern in die Organisation und die Bezahlung der Betriebsräte-Zeitschrift.

Der Beirat beschließt ohne Widerspruch — im Hinblick auf die enormen Herstellungskosten —, daß die Zeitschrift von Nr. 5 an mit 30 ₰ pro Exemplar bezahlt und den Verwaltungen anheimgegeben werden soll, die Kosten auf die Lokalkassen zu übernehmen. Der Betrag von 30 ₰ deckt nur einen Teil der Kosten, so daß also auch die Hauptkasse ganz erhebliche Aufwendungen für die Zeitschrift hat.

Rusch (Berlin) beantragt die Entsendung einer Studienkommission nach Rußland, um eine Annäherung mit den russischen Genossen zu erzielen, das dortige Wirtschaftsleben zu studieren, die Arbeitsgelegenheit und die Möglichkeit der Auswanderung zu ermitteln sowie um sich über die Rohstoffe, Nahrungsmittelversorgung und den Absatz für deutsche Produkte zu unterrichten.

Dißmann und Brandes bemerken, daß der Vorstand im Prinzip bereits von der Stuttgarter Generalversammlung beauftragt sei, nicht nur die Verhältnisse in Rußland, sondern auch in anderen Ländern zu studieren, und sind der Ansicht, daß über die Frage auf dem internationalen Metallarbeiterkongreß eine Verständigung herbeigeführt werden kann.

Die Tagesordnung ist erschöpft und wird die Sitzung geschlossen, nachdem der Vorsitzende noch auf die entscheidenden Beschlüsse über den Aufbau der Betriebsräte und andere Fragen hingewiesen hat.

Original Pinkertons und ihre Methoden

Von B. Rudner (Berlin).

Die letzthin gemachten Feststellungen der Berliner „Freiheit" über die deutsche „Pinkerton-Gesellschaft" sind in ihrer Wichtigkeit vielleicht nicht allenthalben entsprechend gewertet worden. Die Feststellungen selbst, die auch der „Vorwärts" bestätigt, nötigen uns, auf Name und Ort der Pinkertons einzugehen und auf ihre verheerende und gemeingefährliche Tätigkeit in ihrem Ursprungsland, in den Vereinigten Staaten, hinzuweisen und rechtzeitig auf die außerordentlichen Gefahren aufmerksam zu machen, die die Arbeiterschaft in der Republik von Eberts Gnaden bedrohen.

Vor mir liegt eine 300 Seiten starke Broschüre, die 1907 im Verlag der Wilshire Book Co. in New York erschienen ist und die sich „The Pinkerton Labor Spy" (der Pinkertoner Arbeiterspitzel) betitelt.

Meinem Gedächtnis aus meiner amerikanischen Zeit kommt diese Broschüre sehr zustatten, und auf Grund dieses Materials u. a. soll ganz kurz auf diese fluchwürdige Banditengesellschaft amerikanischer Herkunft eingegangen werden.

Während des amerikanischen Bürgerkrieges, der ein Kampf war zwischen den nordamerikanischen Abolitionisten, die für die Befreiung der Neger von der Sklaverei eintraten, und den Sklavenbaronen der

Aus der Gewerkschaftsbewegung in Sowjetrußland

IV.

Der Kongreß.

Der erste allrussische Kongreß der gewerkschaftlichen Organisationen fand vom 7. bis 14. Januar 1918 statt, genau zwei Monate nach der Novemberrevolution. Auf diesem Kongreß waren 416 stimmberechtigte Delegierte und 75 mit beratenden Stimmen anwesend. Die größten Verbände, die auf dem Kongreß vertreten waren, hatten die folgenden Mitgliederzahlen:

der allrussische Arbeiterverband der Metallarbeiter	600000
„ „ „ „ Textilarbeiter	500000
„ „ „ „ Lederarbeiter	200000
junge Angestellte der städtischen und allgem. Einrichtung	180000
der allrussische Arbeiterverband der chemischen Arbeiter	150000
„ „ „ „ Seeleute, Matrosen der Handelsflotte	150000

usw., im ganzen 2658912 Mitglieder.

Auf der dritten Konferenz, die im Juli 1917 stattfand, das heißt sechs Monate vor diesem Kongreß, waren zusammen 1 475 429 Arbeiter vertreten. Im Laufe von sechs Monaten zeigte sich der Fortschritt der gewerkschaftlichen Bewegung in der Erhöhung der Mitgliederzahl der Organisationen um 1 200 000 Arbeiter. Dies alles zeugte von dem mächtigen Zuwachs der Arbeiterorganisationen.

Dem ersten Kongreß der gewerkschaftlichen Organisationen mußte eine neue Richtlinie der Tätigkeit vorgelegt werden; die Aufgaben der gewerkschaftlichen Bewegung unter der Diktatur eines politisch in den Sowjets organisierten Proletariats mußten festgelegt werden. Auf dem Kongreß kamen zwei Richtungen zum Ausdruck: eine politisch neutrale, die im wesentlichen der Novemberrevolution feindlich war und die einige Dutzend Stimmen eroberte und eine zweite sozialistische Kampfline, welche acht Zehntel der Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen umfaßte. Diese neuen Aufgaben wurden in einer Resolution in folgender Form zusammengefaßt:

1. Der politische Sieg der Arbeiter und der armen Bauern über die Imperialisten und deren kleinbürgerlichen Agenten in Rußland bringt uns gleichzeitig zum Anfang der internationalen sozialistischen Revolution und zum Sieg über die kapitalistische Produktionsmethode. Wachtorgane wurden die Arbeiter- und Soldatenräte und die Bauerndeputierten; die Politik der Arbeiter- und Bauernregierung wurde die Politik einer sozialistischen Neuorganisation der Gesellschaft.

2. Die Oktoberrevolution, die die politische Macht aus den Händen der Bourgeoisie in die Hände der Arbeiterklasse und der armen Bauern gelegt hat, schuf ganz neue Bedingungen für die Tätigkeit aller Arbeiterorganisationen überhaupt, darunter natürlich auch der gewerkschaftlichen Organisationen.

3. Die revolutionären Sozialisten haben niemals die Gewerkschaftsorganisationen nur als Organe des wirtschaftlichen Kampfes des Proletariats betrachtet, die nur die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse innerhalb des Rahmens der kapitalistischen Gesellschaft herbeiführen wollten. Die revolutionären Sozialisten haben immer die Gewerkschaftsorganisationen als Organe betrachtet, welche berufen sind, Hand in Hand mit den anderen Kampforganisationen der Arbeiterklasse für die Diktatur des Proletariats und für die Verwirklichung des Sozialismus zu kämpfen. Um so größer ist die Rolle im Kampfe für die Durchführung des Sozialismus, welche den gewerkschaftlichen Organisationen zufällt, in einer Zeit, wo der Klassenkampf des russischen Proletariats am Anfang der sozialistischen Revolution direkt zur praktischen Verwirklichung einer ganzen Reihe wichtiger sozialistischer Maßregeln gebracht hat.

4. Die Idee der „Neutralität" der gewerkschaftlichen Organisationen war und bleibt eine bürgerliche Idee. Es gab und gibt keine Neutralität im großen geschichtlichen Kampf zwischen dem revolutionären Sozialismus und seinen Gegnern. Hinter scheinbarer Neutralität verbirgt sich fast immer eine tatsächliche Unterstützung der bürgerlichen Politik und Verrat der Interessen der Arbeiterklasse. Alle wirklichen Sozialisten sollten ein für allemal mit der Idee der „Neutralität" der gewerkschaftlichen Organisationen brechen.

5. Um so weniger kann die gewerkschaftliche Bewegung in Rußland, in einem Lande, das die große Revolution durchlebt und das Joch der Bourgeoisie abgeworfen hat, „neutral" sein. Alle Fragen, die im Verlaufe der Revolution vor dem Proletariat in der konstituierenden Versammlung (russische Nationalversammlung) erstanden: die Frage der Nationalisierung der Banken, die Frage des Kampfes gegen die bürgerliche Presse, die Frage der Annullierung der Anleihen und die Frage des Kampfes gegen die Konterrevolution ziehen unmittelbar das Interesse der gewerkschaftlichen Organisationen auf sich. In allen diesen Fragen müssen die gewerkschaftlichen Organisationen insgesamt die Politik der sozialistischen Rätemacht, welche durch den Sowjet der Volkskommissare ausgeübt wird, unterstützen.

6. Der Schwerpunkt der Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen im gegenwärtigen Augenblick muß auf das Gebiet der Organisation und der Wirtschaft überführt werden. Die gewerkschaftlichen Organisationen als Klassenorganisationen des Proletariats, welche nach dem Industrieprinzip aufgebaut sind, müssen die Hauptarbeit bei der Organisation der Produktion und der Wiederherstellung der geschwächten erzeugenden Kräfte des Landes auf sich nehmen. Die energischste Beteiligung in allen Organen, welche die Produktion reguliert, die Organisation der Arbeiterkontrolle, die Registrierung und Verteilung der Arbeitskräfte, die Organisation des Austausches zwischen Stadt und Land, die energischste Beteiligung bei der Demobilisation der Kriegsindustrie, Kampf gegen Sabotage, die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht usw., solches sind die Aufgaben des Tages. Eine besondere Aufmerksamkeit muß der Zentralisation der gewerkschaftlichen Bewegung in allrussischem Maßstab und der Organisation mächtiger Verbände der Landarbeiter gewidmet werden.

7. Im entwickelten Stadium müssen die gewerkschaftlichen Organisationen im Prozeß der entstehenden sozialistischen Revolution Organe der sozialistischen Macht werden, welche als solche arbeiten und im Verein mit den anderen Organisationen die Verwirklichung neuer Prinzipien der wirtschaftlichen Organisationen ins Leben rufen.

8. Übergangsmaßnahmen für die Umwandlung der gewerkschaftlichen Organisationen in solche Organe und für die Vereinigung sämtlicher wirtschaftlicher Organisationen der Arbeiterklasse, besonders der Fabrikkomitees (Arbeiterausschüsse) sind: engere Zusammenarbeit und

Südstaaten, die auf eine Herreitzung der Union hinstrebten, nur um ihre Junkerhoheit bewahren zu können, war ein gewisser **Allan Pinkerton**, der als ein sehr talentierter, spitzfindiger Kopf galt, Chef des geheimen Dienstes der Vereinigten Staaten.

Im Jahre 1850 gründete er die „National Detective Agency" und half dem jungen Wildweststaat bei der Aufspürung von Verbrechen usw.

Bald stieg in ihm der Plan auf, seinem Unternehmen ein größeres Arbeitsgebiet und höhere Erwerbsmöglichkeit zu schaffen, und er ging daran, Arbeiter aus allen Berufen um sich zu scharen, die als Detektive resp. Spitzel in die entsprechenden Betriebe gingen, sich dort als Musterarbeiter aufspielten und für einen Judaslohn alle Aktionen der Arbeiter verrieten. Die Agentur bekam täglich von ihren Spitzeln Situationsberichte, die entsprechend bearbeitet an die Unternehmer weitergesandt wurden. Alle Forderungen der amerikanischen Arbeiterschaft konnten so rechtzeitig abgewehrt und Streiks begegnet werden.

Das war aber die lindeste Form der Pinkertonschen Detektivagentur. In ungeheuer raffinierter Art war dieses Geschäftsunternehmen ausgebaut, der Verkehr mit den Spitzeln ging ohne Namensnennung vor sich, die Fabriken selbst wußten nicht einmal, wer der famose Spitzel jeweilig war, und Pinkerton „machte" Geld wie Heu! Pinkertons „Ruf" stieg, desgleichen sein Geschäft, die Aufträge wurden immer größer, verwickelter und ominöser.

Es war die Zeit, wo die Grundsteine für die immense Konzentration der nordamerikanischen Unternehmungen gelegt wurden und in welcher das aus Europa hier zusammengewürfelte Proletariat anfing, sich zusammenzuschließen, um in gemeinsamer Front den wirtschaftlichen Kampf gegen die Kohlen- und Eisenbarone insbesondere aufzunehmen.

Die „Philadelphia and Reading Railroad Company", eine Eisenbahngesellschaft, fing an, sich der Kohlengruben zu bemächtigen, die bislang in den Händen kleiner Besitzer waren. Der Präsident dieser Gesellschaft, **Franklin B. Gowen**, gab nun Pinkerton zweierlei Aufgaben:

1. Spitzel in die Reihen der Arbeiterschaft hineinzusenden, um sie zu den damals unsinnigsten Forderungen zu veranlassen, Forderungen, die die kleinen Besitzer nicht leisten konnten und die zum Bankrott führen mußten.

Diese kleinen Besitzer, die früher von einem freiwilligen Verkauf nichts wissen wollten, mußten nun für ein lächerliches Angebot ihren Besitz hergeben.

So kam das ganze Pittsburger Kohlenbecken in die Hände dieses wirtschaftlichen Imperators. Nun sahen die Arbeiter, daß sie einen großen Gegner vor sich hatten, der ganz anders diktierte, als die vielen kleinen Besitzer bislang. Wirtschaftliche Kämpfe begannen. Nun kam die zweite Aufgabe heran, die Arbeiter mürbe zu machen, ihre Reihen zu lichten und ein Schreckensexempel zu statuieren. Pinkerton löste seine Sache „glänzend". Das vollkommenste Rowdytum kam in den Dienst der Agentur. Raub, Mord, Dynamitereien, Anschläge auf Eisenbahnen, Brandstiftungen setzten ein, die nun alle auf das Konto der Arbeiter gewälzt wurden.

Der Staat als Sachwalter griff ein und das erste große Justizverbrechen gegen die Arbeiter in den Vereinigten Staaten, veranstaltet von Pinkerton, nahm seinen Anfang.

Am 21. Juni 1877 wurden in den Gefängnissen **Potsville, Mauch Chunk** und **Bloomsburg** 17 junge Arbeiter vom Henker gerichtet als grausiges Ende eines infamen Justizverbrechens, das seinesgleichen in der verruchten Ära Noske-Ebert höchstens aufzuweisen hat. Dieser Prozeß, der unter dem Namen der „**Mollie Maguires**" in Amerika sehr bekannt ist, bildete den Auftakt für die weitere Tätigkeit der Pinkertons.

Das verkommene Subjekt **James Mc. Portland**, ein willfähriger „genialer" Helfer von Pinkerton, leistete die eigentliche blutige Arbeit und feierte sein Debüt, das, wie eben gesehen, „glänzend" ausfiel.

Der alte Allan Pinkerton starb indessen als vielfacher Millionär und seine beiden Söhne Robert und William führten das Unternehmen weiter, ganz im Sinne des Gründers, und bauten mit überlegenem Raffinement dieses Institut des Verbrechens noch weiter aus.

Und die Aufträge ließen wieder nicht auf sich warten.

Im westlichen Montanbecken der Union, in den Staaten Colorado, Idaho, Wyoming u. a. schlossen sich die Bergarbeiter zu einer Industriegemeinschaft zusammen, die als der erste sozialistische Verband in den Vereinigten Staaten anzusprechen ist.

Angewidert von der Politik der „American Federation of Labor" unter der famosen Führung des amerikanischen Legien, des **Sam Gompers**, räumte die „Western Federation of Miners" mit all den herkömmlichen gewerkschaftswidrigen Bestimmungen, wie hohe Eintrittsgebühren usw., auf und unter zielbewußter sozialistischer Führung von **Moyer** und **Haywood** nahm dieser Industrieverband einen großen Aufschwung. Die Montanmagnaten spien Gift und Galle, und Pinkerton wurde ihr Retter. Der Verband der Bergarbeiter mußte niedergekämpft werden mit **allen** Mitteln, das war die Parole des Tages und der fette Auftrag an die Agentur.

Bei 500 v. H. Profit geht der Kapitalist zügellos über Leichen — nach Karl Marx — und hier raste die amerikanische Profitbestie hemmungslos.

Und nun fing in den 90er Jahren ein fürchterliches Kapitel in der amerikanischen Arbeiterbewegung an, eine Zeit, die der Schreiber drüben miterlebt hat. Pinkerton ließ alle Minen springen. Verbrechen über Verbrechen häuften sich. Ganze Gruben wurden in die Luft gesprengt mit dem Erfolg, daß der Staat die Miliz aufbot und den Belagerungszustand in den betreffenden Gebieten verhängte. Konzentrationslager wurden geschaffen, Massendeportationen fanden statt, Arbeiterführer — wie bei uns — auf der „Flucht" erschossen, kurz, ein Infernal brutalster Klassendiktatur in Reinkultur ward inszeniert.

Doch das war alles nicht genug, um die ganze öffentliche Meinung gegen die angeblich wüsten Bergarbeiter aufzuputschen. Ein Teufel in Menschengestalt, der Spitzel **Harry Orchard**, die gefügige willfährige Kanaille des Managers Mc. Portland, der den Pittsburger Massenmord auf dem Gewissen hatte, tötete durch einen Bombenanschlag am Weihnachtsabend 1905 den damaligen Gouverneur **Steunenbury** von Idaho.

Nun setzte erst recht ein regelrechter Klassenkrieg ein. Die „Western Federation of Miners" wurde beschuldigt, einen „**innern Zirkel**" gebildet zu haben, der andauernd Verbrechen ausübe. Die prominentesten Führer, wie Moyer, Haywood und Pettobone, wurden verhaftet und sollten dem Henker ausgeliefert und dem Verband das Genick gebrochen werden.

Die amerikanischen Sozialisten standen sofort auf seiten der fälschlich Angeklagten, unsere sozialistische Presse schlug Lärm und im ganzen Land wurden Verteidigungsfonds gesammelt. Nur Gompers mit seiner Kohorte stand indolent abseits und rührte keinen Finger.

Der Monstreprozeß mit Hunderten von Zeugen, gekauften Halunken als Anklägern, gefälschten Beweisen nahm im Jahre 1907, nachdem unsere Genossen 1½ Jahre in Untersuchungshaft waren, im Mai seinen Anfang und endete am 28. Juli mit einem Freispruch, der letzten Endes der überaus aktiven Tätigkeit der „Socialist Party" für lang es, das organisierte Banditenwesen der Pinkertons aufzudecken und seine Methoden bloßzulegen. Die Regierung mußte angesichts der die beim Prozeß gemachten Enthüllungen bestätigt wurden. Damals kam Licht in das dunkle, verbrecherische Geschäftsgebaren der Pinkertonschen Agentur, ohne aber sonderlichen Erfolg zu haben, denn die ganzen politischen Verhältnisse begünstigten eine solche gemeingefährliche Schmarotzerpflanze, die bei allen wirtschaftlichen Kämpfen üppig in die Halme schoß. Eine Zeitlang war die ganze amerikanische Gewerkschaftsbewegung halb verseucht und durchtränkt von Pinkertons, die auch versuchten, alle Ämter in ihre Hände zu bekommen, es teilweise erreichten und junge Mitglieder zu Desperadostreichen veranlaßten. Insbesondere die Eisenkonstruktionsarbeiter haben fürchterlich gelitten unter den Infamien der Pinkertons.

Pinkerton organisierte auch den **systematischen Streikbruch**, erreichte die Anerkennung seiner „Spezialpolizisten", die sich mit den Noskejüngern vergleichen ließen, eröffnete Schießereien auf friedliche Demonstranten und verbreitete Schrecken und Tod.

Pinkerton war eigentlich ein unpolitisches Werkzeug, das in rein ökonomischen Kämpfen mit bestialischen Mitteln für gutes Geld Henkerdienste leistete.

Wir sind nun in Deutschland glücklich soweit gekommen, daß unter der Ära Noske die Pinkertonerei bei uns durch die Aufstellung der „Technischen Nothilfe" Boden gefunden hat, ein Metier, das bislang amerikanischem Banditentum vorbehalten blieb.

Und nun haben wir auch eine regelrechte Pinkertongesellschaft, made in Germany, die genau so wie drüben unter dem Deckmantel einer Detektivagentur arbeitet, sich aber mit wesentlich anderen Dingen beschäftigt, Dinge, die das Strafgesetzbuch berühren.

Die deutschen Pinkertons führen aber nur einen politischen Kampf und suchen sich als Kampfboden die politisch linksstehenden Parteien aus, schicken ihre Spitzel hinein und inszenieren Putsche und Gewaltstreiche, um das Konto der Arbeiter zu belasten und um die Gründe zu schaffen, ein Gewaltregime à la Noske zu inaugurieren, um letzten Endes den Emanzipationskampf der Arbeiterschaft zu stören und das heutige kapitalistische System möglichst zu verewigen.

Haben wir drüben einen Orchard, so ist's hier gar ein weibliches Subjekt, eine Schröder-Mahnke, einen Tamschik und wie das ganze Verbrecherpack heißt, die möglicherweise alle von einer Quelle gespeist werden und die vielleicht in die Büros der deutschen Pinkertongesellschaft führt.

Es ergibt sich nun zweierlei: Höchste Achtsamkeit gegenüber „radikalen" Lumpen, die unter der Maske eines simplen Mitgliedes politisches Banditentum im höheren Auftrag treiben. Unbekannten, sich vordrängenden Leuten mögen unsere Kollegen mit aller gebotenen Überlegenheit und kritischem, kühlem Urteil gegenübertreten und sich und das ganze Proletariat vor weiterem Unheil bewahren. Das amerikanische Beispiel sollte genug Lehren in sich bergen.

Und ein zweites: Wir haben einen Staatskommissar für die öffentliche Ordnung. Der ehemalige Staatsanwalt Weißmann, der auf jede anonyme Anzeige hereinfiel und durch seine Schergen — Makulatur beschlagnahmen ließ, sollte nicht erst warten, bis die „Ordnung" gestört wird, sondern vorbeugend wirken.

Vielleicht bringt er den Mut auf, sich die deutsche Pinkertongesellschaft näher anzusehen, in ihr Geschäftsgebaren hineinzuleuchten, das sich möglicherweise mit dem amerikanischen System deckt, eben aus Gründen der öffentlichen Ordnung.

Wird das politische Banditentum nun weiter in Deutschland blühen und die Pinkertons Trumph bleiben? Dann ergibt sich für uns höchste Achtsamkeit und allerschärfster Kampf gegenüber der systematischen Barbarei der Pinkertons, um uns vor amerkanischen abschreckenden Verhältnissen zu schützen.

Gewerkschaftliche Zersplitterung

Vor einigen Tagen erschien die Nr. 1 der Walzwerksarbeiter, Verbandsorgan des Zentralverbandes der Walzwerksarbeiter Deutschlands, der im vergangenen Jahre von einigen Leuten in Gelsenkirchen gegründet wurde. In dem Einführungsartikel versucht man zu begründen, warum der Walzwerksarbeiterverband geschaffen werden mußte: „Die Schuld an der Entstehung des Walzwerksarbeiterverbandes tragen die Gewerkschaften, und zwar insofern, weil man sich nicht um das Los der Walzwerksarbeiter gekümmert hat und, weil stets unsere Berufskollegen innerhalb der Verbände von solchen Gewerkschaftsbeamten vertreten worden sind, welche vom Walzwerk überhaupt keine Kenntnis besaßen."

Man kann sehr gut merken, daß Wagner, der den Artikel zeichnet, die Geschichte der Hütten- und Walzwerksarbeiterbewegung nicht kennt, denn sonst würde er diese Behauptung nicht aufstellen. Tatsache ist, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband in Wort und Schrift bereits vor 20 Jahren sich mit aller Entschiedenheit der Hütten- und Walzwerksarbeiter annahm. Der Redakteur scheint auch nicht zu wissen, daß bereits der Genosse Hue im Jahre 1904 im Auftrage des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Reichstag wiederholt die Hüttenarbeiterfrage aufrollte. Ferner scheint der Redakteur Wagner nicht zu wissen, daß unser Kollege Severing im Jahre 1907 ebenfalls von der Tribüne des Reichstags in eingehender Weise die Frage behandelte; auch daß Kollege Severing auf unserer Generalversammlung in Hamburg in einem eingehenden Referat die Frage der Hüttenarbeiter besprach und unsere Verbandsgeneralversammlung den Beschluß faßte, weiter und intensiver für die Hüttenarbeiter zu wirken. Der Redakteur Wagner scheint ja auch nicht zu wissen, daß wiederholt der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes durch Eingaben an die gesetzgebenden Körperschaften die gesetzliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Hütten- und Walzwerksarbeiter verlangte; auch braucht man ja nicht zu wissen, daß unsere Verwaltungstelle Bochum anläßlich eines Unglücks auf dem Bochumer Verein durch die sozialdemokratische Fraktion eine Interpellation veranlaßte, wodurch ebenfalls die Hütten- und Walzwerksarbeiterfrage wieder aufgerollt wurde. Wagner scheint ja auch nicht zu wissen, daß im letzten Reichstage unser Kollege Spiegel dreimal die Frage der Hütten- und Walzwerksarbeiter besprach, einmal bei der Petition, die der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes an den Reichstag eingereicht hatte und die übrigen Zentralorganisationen dann das gleiche taten, dann bei Beratungen des statistischen Amts und ebenso bei der Beratung des Etats. Auch scheint der neue Walzwerksarbeiterverband keine Kenntnis zu haben von all den Bemühungen, die aus der Metallarbeiter-Zeitung ersichtlich sind, wie sehr man sich um die Hütten- und Walzwerksarbeiter von seiten der Organisation bemüht hat. An Arbeit und Mühe, besonders des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, hat es sicherlich nicht gefehlt. Auch sind genügend Broschüren und Flugblätter herausgegeben worden; was uns gefehlt hat bei der Interessenvertretung der Hüttenarbeiter, waren die Hütten- und Walzwerksarbeiter selbst. In der Etatsrede unseres Kollegen Spiegel, der sich seit dem Jahre 1903 die redlichste Mühe für die Hütten- und Walzwerksarbeiter gegeben hat, appellierte er noch am Schlusse seiner Rede an die Hütten- und Walzwerksarbeiter, sich nicht allein auf den gesetzlichen Schutz durch die Regierung zu verlassen, sondern daß die Hütten- und Walzwerksarbeiter auch durch Anschluß an die Organisation bekunden sollten, daß sie selbst für bessere Verhältnisse eintreten wollten. Aber auch das hatte im Jahre 1913 die Hütten- und Walzwerksarbeiter noch nicht aus ihrer Lethargie zu wecken vermocht.

Im Jahre	1907	waren im	Deutschen	Metallarbeiter-Verband	1759
„ „	1908	„ „	„	„	1890
„ „	1909	„ „	„	„	2001
„ „	1910	„ „	„	„	8115
„ „	1911	„ „	„	„	8662
„ „	1912	„ „	„	„	8865
„ „	1913	„ „	„	„	8404
„ „	1917	„ „	7. Bezirk Rheinland und Westfalen		2293

Walzwerkarbeiter ohne Hütten- und Hochofenarbeiter organisiert.

Es ist ja sehr leicht, leichtfertige Behauptungen aufzustellen, es sei nichts gemacht worden oder die Interessen der Walzwerksarbeiter seien nicht vertreten worden. Ich erinnere nur in Rheinland und Westfalen daran, wie unsere Beamten, besonders im Ruhrrevier und überall dort, wo die Hütten- und Walzwerksindustrie in Frage kommt, mit übermenschlicher Kraft im Interesse der Arbeiter gewirkt haben; auch erinnere ich an das hervorragende Werk des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes: „Die Großeisenindustrie im deutschen Zollgebiet", und da ist es sicherlich ein sehr starkes Stück, wenn Wagner behauptet, die zentralen Verbände hätten sich um das Los der Walzwerksarbeiter nicht gekümmert. Seiner Unwissenheit wollen wir es zugute rechnen, daß er diese leichtfertige Behauptung in der ersten Nummer seines Organs aufstellt, damit wird auch diese Angelegenheit erledigt sein.

Der Redakteur sagt ferner: „Sollte ein Kollege in der Lage sein, uns einen besseren Rat erteilen zu können, wo das Interesse des Walzwerksverbandes besser gehoben werden kann, so würden wir diesem Kollegen unsere Versammlung empfehlen und auch seinen Rat befolgen." Gut, wenn ich auch nicht in der Versammlung sein konnte, will ich ihnen einen guten Rat erteilen. Kollegen in den Walzwerken, laßt ab von einer weiteren Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung, schließt euch Mann für Mann der für euch zuständigen Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, an. Jede Zersplitterung, die in die Erscheinung tritt, schädigt nur die Arbeiter und stärkt das Unternehmertum. Die Arbeiterbewegung ist zerrissen genug und können die Arbeiter eine weitere Zersplitterung nicht dulden. Auch im Deutschen Metallarbeiter-Verband können die Walzwerksarbeiter ihre Interessen vertreten. Eine Konferenz der Hütten- und Walzwerksarbeiter ist bereits geplant und haben auch früher wiederholt Konferenzen bezirksweise stattgefunden. Eine Sonderorganisation mit einem Monatsbeitrag von 5 M für ältere und 2,50 M für Mitglieder unter 18 Jahren kann die Welt nicht aus den Angeln heben. Sie ist von vornherein zur Ohnmacht verurteilt und kann keinen Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ausüben. In demselben Artikel gibt Wagner zu, daß sie bereits ganz gewaltig Fiasko erlitten haben, als sie sich im Oktober 1919 der allgemeinen Arbeiterunion angeschlossen hatten, und noch manches Fiasko werden die Leute erleiden, wenn sie ihre Zersplitterungsarbeit fortsetzen zum Schaden der Allgemeinheit der sie vertreten wollenden Arbeiter.

Auf das Programm des Walzwerksarbeiterverbandes will ich, wegen Mangel an Raum, heute hier nicht eingehen, aber das eine sei hervorgehoben, daß auch die Interessen der Walzwerksarbeiter nur durch eine große und starke Zentralorganisation zu vertreten sind.

Wir möchten deshalb unsere Kollegen bitten, überall den Zersplitterungsversuchen unter der Arbeiterschaft in den Walzwerken entgegen zu wirken.

†††

---

unzerreißbare organisatorische Verbindungen zwischen den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen des Proletariats, in erster Linie mit den Arbeiter- und Soldatenräten.

9. Der Kongreß ist überzeugt, daß als Resultat des erwähnten Prozesses die Gewerkschaftsorganisationen sich in Organe des sozialistischen Staates umwandeln müssen und daß die Beteiligung an diesen für alle in der betreffenden Produktion beschäftigten Personen eine gesellschaftliche Pflicht wird.

Die russische Gewerkschaftsbewegung kann ihre großen Aufgaben nicht erfüllen, ohne in die engste Verbindung mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung getreten zu sein. Der Kongreß betrachtet es als seine Aufgabe, für die Wiedergeburt der internationalen gewerkschaftlichen Bewegung kräftig beizutragen und einen internationalen allgemeinen gewerkschaftlichen Kongreß einzuberufen, sowohl wie eine ganze Reihe internationaler Kongresse der einzelnen Produktionszweige (Industrien).

Diese Grundprinzipien lagen der Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen zugrunde. Die gewerkschaftlichen Organisationen übertrugen nach dem ersten Kongreß den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit nicht nur auf das Gebiet der wirtschaftlichen Organisation, sondern nahmen den lebhaftesten Anteil auf allen Gebieten der Sowjettätigkeit, verteilten die Arbeiter auf die staatlichen Organe und formierten die letzteren

Auf dem Gebiet der Verteidigung unserer sozialistischen Republik nahmen die Organisationen den aktivsten Anteil. Dank der Energie der industriellen Arbeiter wurde die Arbeit in der Armee geordnet. Die Produktion der Uniformen, der Bewaffnung und sonstiger Ausrüstung ging unter aktiver Teilnahme nicht nur des fortgeschrittenen organisierten Proletariats, sondern auch mit Hilfe der breiten Masse vor sich. Außerdem gaben die Gewerkschaftsorganisationen einige Freiwillige und einen Teil der verantwortlichen Arbeiter für die Erledigung aller möglichen Arbeiten in der Armee.

Der zweite Kongreß der gewerkschaftlichen Organisationen, der vom 10. bis 25. Januar 1919 stattfand, zählte 3 422 000 organisierte Mitglieder. Der Zuwachs während eines Jahres betrug 800 000 Mitglieder. In diesem Jahre wurde von den Organisationen eine große Organisationsarbeit geleistet. Alle Überbleibsel der alten Organisationen, die noch hie und da nach dem Prinzip der Fachverbände existierten, wurden reorganisiert und nach dem Industrieprinzip vereinigt.

Auf dem Gebiete der Aufgaben konnte der zweite Kongreß die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Bewegung schon bedeutend konkreter erfassen, indem er die vom ersten Kongreß erwähnte Grundlinie entwickelte. Die grundlegende Resolution über die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen, die vom zweiten Kongreß angenommen wurde, lautete:

Das Jahr politischer und ökonomischer Diktatur des Proletariats hat den Wuchs der proletarischen Weltrevolution, die Richtigkeit der Stellung des ersten allrussischen Kongresses der gewerkschaftlichen Organisationen, welcher das Schicksal des ökonomisch organisierten Proletariats unwiderruflich mit dem Schicksal der Arbeiter- und Bauernherrschaft verknüpfte, völlig bewiesen.

Der Versuch, unter der Fahne der „Einheit" und „Unabhängigkeit" der gewerkschaftlichen Bewegung das ökonomisch organisierte Proletariat den Organen seiner politischen Klassendiktatur entgegenzustellen, führte die Gruppen, welche diese Losung unterstützten, zum offenen Kampfe gegen die Rätemacht und stellte sie außerhalb der Reihen der Arbeiterklasse.

Während des Prozesses der gemeinsamen praktischen Arbeit mit der Sowjetmacht für die Stärkung und Organisation der Volkswirtschaft gingen die Gewerkschaftsorganisationen von der Kontrolle über die Produktion zur Organisation derselben über, indem sie sowohl an der Leitung der einzelnen Betriebe wie an dem ganzen Wirtschaftsleben des Landes aktiv teilnahmen.

Aber die Aufgabe der Sozialisierung aller Produktionsmittel und der Organisation der Gesellschaft nach neuen sozialistischen Grundsätzen fordert dauernde, energische Arbeit mit dem Umbau des ganzen gesellschaftlichen Apparates, die Schaffung neuer Organe für die Statistik, Kontrolle und Regulierung der ganzen Produktion und Konsumtion, welche Organe auf der organisierten Selbsttätigkeit der selbst interessierten breiten Massen der Arbeiterschaft beruht.

Dieses schreibt den gewerkschaftlichen Organisationen eine energischere Teilnahme an der Tätigkeit der Sowjetmacht vor. Zum Beispiel: mittels der unmittelbaren Arbeit in allen staatlichen Organen der proletarischen Massenkontrolle über die Tätigkeit der staatlichen Organe, die Ausführung einzelner Aufgaben der Sowjetmacht durch die Organisationen. Ferner Mitarbeit bei der Umorganisation verschiedener staatlicher Einrichtungen und deren allmählichen Ersatz durch ihre Organisationen auf dem Wege der Vereinigung der Verbandsorgane mit den Organen der Staatsgewalt.

Es würde indessen ein Fehler sein, auf dem gegebenen Stadium der Entwicklung der Gewerkschaftsorganisationen und der Gewerkschaftsbewegung bei unzureichend ausgeformten Organisationen sowohl die unmittelbare Umwandlung der Verbände in Organe der staatlichen Gewalt und ihre Vereinigung mit solchen, als auch die eigenmächtige Aneignung der Funktionen der staatlichen Organe seitens der Gewerkschaftsorganisationen durchzuführen.

Der ganze Prozeß der vollständigen Vereinigung der gewerkschaftlichen Organisationen mit den Organen der staatlichen Gewalt (der sogenannte Prozeß der Verstaatlichung) muß sich als ein unvermeidliches Resultat der gemeinsamen und übereinstimmenden Tätigkeit und der Vorbereitung der breiten Massen durch die gewerkschaftliche Organisation auf die Leitung der staatlichen Verwaltung und aller wirtschaftlichen regulierenden Organe ergeben.

Dies stellt seinerseits den Organisationen die Aufgabe der Zusammenfügung auch der unorganisierten proletarischen und halbproletarischen breiten Massen in starken Industrieorganisationen. Ferner deren Hineinziehen unter die Kontrolle der proletarischen Organisationen in die sozialistische Verwaltung und die allgemeine Arbeit mit der Kräftigung ihrer Organisationen im Sinne der Zentralisation und Entwicklung ihrer Organisationsverwaltung sowie der Kräftigung der gewerkschaftlichen Disziplin.

Indem die Gewerkschaftsorganisationen an allen Gebieten der Sowjetverwaltung teilnehmen und aus sich selbst staatliche Organe formieren, müssen sie mittels ihrer Tätigkeit, durch Hineinziehen in dieselbe sowohl ihrer Organisationen wie der breiten Massen der Arbeiter, dieselben zur Verwaltung nicht nur der Industrie, sondern des ganzen Staatsorganismus erziehen und vorbereiten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Mit Sonntag den 18. Juli ist der 30. Wochenbeitrag für die Zeit vom 18. bis 24. Juli 1920 fällig.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, wo Kollegen abreisen oder sich auf Wanderschaft begeben, **ohne sich abgemeldet zu haben.** Unterstützung in einem anderen Ort kann nur zur Auszahlung kommen, wenn die Abmeldung am vorherigen Arbeitsort ordnungsgemäß erfolgt ist. Bei Abmeldungen durch die Post ist Rückporto mitzusenden. Soweit Abmeldungen durch die Ortsverwaltungen besorgt werden, ist darauf zu achten, daß das Mitglied sowohl Hin- als Rückporto zu bezahlen hat.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse: I wöchentlich	II	III vierwöchentlich	Beginn der Beitragserhöhung
Lautawerk	100	—	—	32. Beitragswoche.
Neustadt i. S.	—	—	10	30. „
Sondershausen	30	30	10	32. „
Warstade	80	—	—	28. „

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch-Nr. 3,948019, lautend auf den Metallarbeiter Hermann Heitzinger, geb. am 7. Nov. 1898 zu Wels. (Bergen i. B.)

Mitgliedsbuch-Nr. 2,891443, lautend auf den Rangierer Karl Angenheide, geb. am 25. März 1899 zu Wachtentau, übergetreten am 9. März 1919. (Stuttgart.)

Mit kollegialem Gruß **Der Vorstand.**

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von **Gold- u. Silberarbeitern** nach dem ganzen Gebiet der Schweiz L.; nach Fulda (Fa. Rauscher, Hof- und Domgoldschmied) L.; nach Stuttgart (W. Prenner, Ringfabrik) D.;

von **Graveuren und Ziseleuren** nach Stuttgart (alle Betriebe, die dem K.-A. nicht unterstehen) D.;

von **Metallarbeitern** nach Bremen L.; nach Buttstädt i. Th. (Wipal-Werke) St.; nach Danzig St.; nach Elbing D.; nach Hennef bei Siegburg St. und L.; nach Stuttgart (Contessa-Nettelwerke) A.; nach Trier L.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände.

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abstempeln zu lassen.

Berichte

Bleiläter.

Am Sonntag den 20. Juni tage in Köln-Deutz eine Konferenz von Bleilötern. Dieselbe war einberufen von den Kollegen in Leverkusen. Vertreter hatten gesandt die Kollegen von Ludwigshafen, Höchst a. M. mit Griesheim und Biebrich a. Rh., Hamburg, Merseburg mit Halle und Magdeburg, Heinsberg i. Rhld., Hagen i. Westf. usw. Ferner waren vertreten die Führer des Bleilöterverbandes von Bochum und Duisburg, ebenso Anhänger der christlichen Gewerkschaften. Nach einigen einleitenden Begrüßungsworten des Vorsitzenden Kollegen Wollmer referierte der Kollege Adolphi (Leverkusen) über das Thema: „Was haben wir Bleiläter zu fordern und welchem Verbande vertrauen wir unsere Forderungen am besten an?" Adolphi führte aus, daß die Bleiläter Deutschlands seit der Revolution sehr vernachlässigt worden seien, dieses aber insbesondere der Lauheit der Kollegen selbst zuzuschreiben sei. Seine Ausführungen gipfelten in der Aufforderung, sich restlos dem D. M.-V. anzuschließen. In ähnlichem Sinne sprach der Vertreter des D. M.-V. der Ortsverwaltung Opladen. Hierauf sprachen die Kollegen Weber und Hedel aus Ludwigshafen. Dieselben berichteten von der Bewegung aus Ludwigshafen und war es eine Freude, zu hören, daß die größte Bleilötergruppe Deutschlands, etwa 500 Kollegen bis auf wenige Ausnahmen organisiert sind. Alsdann kam der Kollege Rinke (Höchst a. M.) zu Wort. Aus dessen Ausführungen war zu entnehmen, daß auch in Höchst a. M., Griesheim und Biebrich die Gruppenbildung und deren Organisierung gute Fortschritte gemacht hatte, so daß auch dort unsere Sache bald in feste Bahnen gelenkt ist. Die Ausführungen des Kollegen Rinke hatten die Anhänger der christlichen Gewerkschaften auf den Plan gerufen, ebenso die Vertreter von Bochum und Duisburg. Wie die ersteren eine Einigung der Bleiläter sich denken, war nicht klar ersichtlich, während die letzteren ihren alten bekannten Standpunkt im Sinne einer reinen privaten Vereinigung erneut bekundeten. Hierauf ergriff der Kollege Flügge (Hamburg) das Wort und führte den anwesenden Kollegen klar vor Augen, wie die Hamburger Kollegen ihre bisherigen Forderungen durchgesetzt haben. Er schilderte die Gruppenbildung innerhalb des Metallarbeiter-Verbandes und bezeichnete dieses als den wichtigsten Schritt. Sodann gab Flügge eine Schilderung der Forderungen der Bleiläter an den Arbeitgeberverband, ebenso des Verlaufs der letzten Lohnbewegung und deren Erfolg. Haben doch die Kollegen in Hamburg 25 v. H. der üblichen Löhnen gegenüber herausgeholt. Dieses sei jedoch nur möglich, wenn sich die Kollegen geschlossen hinter ihre Gruppenleitung stellen. Gleichzeitig appellierte der Redner an die Anhänger der christlichen Gewerkschaften und der Bochumer Vereinigung, doch keine Zersplitterungspolitik zu treiben, sondern danach hinzustreben, die Bleiläter Deutschlands innerhalb der größten und stärksten Organisation sich vereinigen zu helfen. Nachdem dann noch der Kollege Bäumann (Witten-Ruhr) und ein Kollege aus Hagen i. Westf. aus den dortigen Orten Bericht erstattet hatten, erhielt Kollege Adolphi das Schlußwort. Der Redner betonte die Wichtigkeit der jugendlichen Konferenz und forderte die Kollegen im Reiche auf, sich überall zusammenzuschließen, damit wenn der Ruf zu einer neuen Konferenz an sie ergehe, dieselbe noch zahlreicher besucht sein möge als die heutige. Alles in allem kann gesagt werden, daß die Konferenz der Grundstein in der Bewegung der Bleiläter sein wird, und ist es nur zu wünschen, daß sämtliche Kollegen im Reiche vorstehendes beherzigen und danach handeln. Auch die, die vereinzelt oder auch nur zu wenigen in Orten arbeiten, tun gut, sich unverzüglich dem D. M.-V. anzuschließen. Die wirtschaftliche Hebung dieser Kollegen soll ebenfalls Gegenstand eingehender Erörterungen auf der nächsten Konferenz sein und wäre zu wünschen, daß recht viele dieser Kollegen sich an der nächsten Konferenz beteiligten, um auch einmal von dieser Seite die Wünsche zu hören. Darum, Kollegen, hinein in die Organisation, heißt mitarbeiten und streben an der Hebung unseres Berufes, dann wird auch die Freude über das Erreichte eine verdiente sein.

Metallarbeiter.

Bockwitz. In einer stark besuchten Mitgliederversammlung am 1. Juli wurde Protest gegen den Steuerabzug vom Lohn erhoben. Der angenommenen Resolution ist zu entnehmen: Die Versammelten erheben entschieden Protest gegen den Steuerabzug. Er kann von der Arbeiterschaft in der Jetztzeit nicht getragen werden, da die Kaufkraft des Geldes so gesunken ist, daß es nicht einmal zur Anschaffung der notwendigsten Nahrung und Bekleidung ausreicht. Auf der andern Seite verteilen die Unternehmer ganz enorme Dividende und leben im Überfluß. Gefordert wird ferner die vollständige Beseitigung der Umsatzsteuer, die nur die Ärmsten der Armen trifft. Die Versammelten erblicken in der Sozialisierung den einzigen Ausweg, um aus dem Elend herauszukommen; sie werden sich geschlossen hinter diejenigen stellen, denen es wirklich ernst ist mit dem Beginn der Sozialisierung. Sie erklären ferner den Firmen, daß die Arbeiter- und Angestelltenschaft einen Abzug unter den heutigen Verhältnissen nicht zuläßt; wird er vorgenommen, so kann er nur auf Kosten der Firma geschehen. Weitere Schritte behalten sich die Versammelten vor. In der Aussprache wurde kritisiert, daß versucht wird, bei Arbeiterentlassungen in erster Linie Ausländer zu entlassen, in den anderen Staaten wird dann als Revanche das gleiche getan und somit wird ein gegenseitiger Haß gezüchtet, der den internationalen Bestrebungen der Arbeiterklasse schädlich wird. Den Versammelten wurde nahegelegt, sich nur bei der Volksfürsorge zu versichern und nur im Konsumverein seinen Bedarf zu decken; dadurch kann ein jeder seinen Teil zur Sozialisierung schon jetzt beitragen.

Rundschau

Gewerkschaftliches.

X. Hauptversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker. Der zehnte ordentliche Verbandstag der deutschen Buchdrucker, der vom 14. bis 24. Juni in Nürnberg stattfand, ist ein lehrreicher Gradmesser für den Fortschritt des revolutionären Umwälzungsprozesses innerhalb der tradeunionistisch gerichteten Berufsverbände. Während alle anderen Gewerkschaften ihren Führern für ihre Kriegssünden schon Absolution erteilt oder den Kurs geändert haben, war diese Generalversammlung nach Ausbruch des Krieges und der Revolution seit dem Jahre 1918 die erste ordentliche Hauptversammlung. Die Kriegstagung in Würzburg im Jahre 1918 kann als vollwertige Generalversammlung nicht angesprochen werden. Rechnet man zu diesem Umstande noch die völlig veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der Gegenwart, so wird die umfangreiche Tagesordnung leicht verständlich. Nach den Angaben des Geschäftsberichtes über die Mitgliederbewegung hat sich der Mitgliederbestand im Berichtsjahre 1919 um 20,361 Mitglieder gehoben. Von den zum Heeresdienst eingezogenen Kollegen fehlen immer noch rund 5500, über deren Verbleib jeglicher Anhalt fehlt. Die Liste der Kriegsopfer umfaßt rund 8000 Mann, ist jedoch noch nicht abgeschlossen. An der stürmischen Aufwärtsentwicklung der Gewerkschaften nach der Revolution konnte der Buchdruckerverband keinen Anteil haben, weil bereits vor dem Kriege über 90 v. H. aller Berufsangehörigen in demselben organisiert waren. Der Durchschnittsmitgliederstand betrug vom 31. Januar bis 31. Dezember 1919 63 145.

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands und der Papiermangel wirkten auch stark auf den Arbeitsmarkt im graphischen Gewerbe. Die Arbeitslosigkeit erreichte eine beträchtliche Höhe und betrug im ersten Quartal 13 v. H. Im Berichtsjahre wurden 1 535 954 Arbeitslosentage gezählt, die einer Arbeitslosigkeit von 6,7 v. H. im Jahresdurchschnitt entsprechen. Die Krankheitsfälle sind von einem Jahresdurchschnitt von 4,27 v. H. im Vorjahre auf 2,3 v. H. zurückgegangen. Dieser Tiefstand findet seine Begründung nicht in einem besseren Gesundheitszustand der Mitglieder, sondern er ist eine Folge der ins Ungemessene steigenden Verteuerung aller Lebensverhältnisse, mit der die Unterstützung im Krankheitsfalle nicht Schritt halten kann. Am Ende des vergangenen Jahres waren 1079 Invaliden im Bezuge der Invalidenunterstützung.

Die Abrechnung der Verbandskasse verzeichnet am 31. März 1920 einen Vermögensbestand von 13 043 039,07 M. Die Einnahmen betrugen vom 1. April 1919 bis 31. März 1920 17 313 958,42 M. An Arbeitslosenunterstützung wurden allein 1 670 631,08 M verausgabt, an Krankenunterstützung 621 965,15 M.

Von den 144 Delegierten gehörten 40 der Opposition an. Diese 40 Abgeordnete waren mit wenigen Ausnahmen berufstätig und zu drei Vierteln ungefähr aus den Großdruckstädten Leipzig und Berlin delegiert. Diesem Kern der Opposition stand ein Block von ungefähr 50 festangestellten Gewerkschaftern gegenüber. Die übrigen Vertreter aus der Provinz waren alte Anhänger der Tarifgemeinschaft und schon aus Gewohnheit auf die Vorstandspolitik eingeschworen. Die Aufgaben der Opposition auf dem Verbandstage waren gegeben durch die Revolution. Es galt, die Gewerkschaft in den Dienst der sozialen Revolution zu stellen. Die Gewerkschaftsstrategie wohltemperierter kapitalistischer Entwicklung mußte vor Entscheidungen gestellt werden. Entweder klares Bekenntnis zur sozialen Revolution oder zum Kapitalismus.

Die Verhandlungen wurden beherrscht von dem Kampf um die Arbeitsgemeinschaften und um den Industrieverband. Die gleichen Probleme, die auf den vorausgegangenen Verbandstagen der Holzarbeiter, Schuhmacher, Bäcker und Konditoren, Bauarbeiter und Schneider Gegenstand ausgiebiger Erörterungen bildeten. Die Opposition stellte die Forderung: Aufhebung der Tarifgemeinschaft, Austritt aus den Arbeitsgemeinschaften. Die Entwicklung der letzten Monate hat gezeigt, wie das legale Industrie- und Handelskapital die Mitarbeit der Gewerkschaftsführer in den Arbeitsgemeinschaften benutzt, um gegen die lästige Konkurrenz des illegalen Wucher- und Schieberkapitals erfolgreich anzukämpfen. Das Programm des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes ist die Wiederaufrichtung des Kapitalismus. „Wir müssen den verhaßten nationalen und internationalen Kapitalismus wieder vor den Wagen unserer Produktionspolitik spannen, wenn wir aus dem Elend herauskommen wollen", erklärte der Vertreter des Gewerkschaftsbundes auf der Generalversammlung. Im Rahmen dieses Programms bewegt sich auch die Mitarbeit in den Arbeitsgemeinschaften.

Die grundsätzlichen Anträge der Opposition wurden von der Mehrheit alle niedergestimmt. Zur „Neuorientierung" des Verbandes wurden Richtlinien aufgestellt, in denen erklärt wird, daß der Verband „grundsätzlich an der zentralen Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen festhält". Zu dem organischen Ausbau der bisherigen Tarifgemeinschaft zu einer sozialen Gemeinwirtschaft wird eine erste Gemeinschaftsaufgabe als zweckmäßigste Förderung der ideellen und wirtschaftlichen Interessen aller Angehörigen des Gewerbes erklärt. Neu in den Richtlinien ist die Bestimmung, daß bei Tarifabschlüssen Urabstimmung eingeführt wird, sowie die Aufnahme der Betriebsrätebestimmungen in verbesserter Form in den Tarif. Da nach den gefaßten Beschlüssen von einer wirklichen Neuorientierung im Verbande keine Rede sein konnte, gab die Opposition folgende Erklärung ab:

„Unsere Auffassung, daß erstens eine wirksame Vertretung der Interessen aller Mitglieder nur im Rahmen eines Industrieverbandes für die gesamte graphische Industrie möglich, daß zweitens wirkliche Demokratie und weitgehendes Mitbestimmungsrecht der Mitglieder nur durch Ausbau der Organisation auf der Grundlage des Betriebssystems zu erreichen ist, daß drittens Unterstützungseinrichtungen in dem bei uns üblichen Umfange und der bisherigen Verbindung mit den den gewerkschaftlichen Aufgaben dienenden Verbandsvermögen die Schlagfertigkeit der Organisation hemmen, ist durch unsere Teilnahme an den Verhandlungen im Plenum sowohl wie durch den in den Beratungskommissionen gewonnenen Einblick in das innere Getriebe der Organisation nicht erschüttert worden, sondern hat dadurch eine wesentliche Stärkung erfahren. Aus dieser Erkenntnis heraus müssen wir der Vorlage des Verbandsvorstandes sowie den von den Kommissionen vorgelegten Abänderungsanträgen unsere Zustimmung versagen."

In den verflossenen revolutionären Kämpfen war die Presse heiß umstritten. Der Verbandstag hatte deshalb die Pflicht, den Mitgliedern für ihr Verhalten in den kommenden Kämpfen Anweisungen zu geben. Auch hier versuchte die Generalversammlung die Taktik des Ausweichens, wurde jedoch von der Opposition vor eine grundsätzliche Entscheidung in der Frage der Preßfreiheit gestellt. In einer Resolution, die grundsätzlich vom sozialistischen Standpunkt die Frage der Preßfreiheit behandelte, wurde gefordert, daß die Mitglieder des Verbandes der deutschen Buchdrucker bei Ausbruch offener revolutionärer Kämpfe die Herstellung konterrevolutionärer Druckerzeugnisse verweigern sollen. Es sollten nur die Zeitungen hergestellt werden, die von den jeweils gewählten Kampfleitungen der Arbeiterschaft als maßgebende Publikationsorgane gewählt werden. Die rechtssozialistische Mehrheit lehnte den Antrag ab und stimmte einer Resolution zu, nach der bei großen Aktionen, die vom Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund eingeleitet werden, diese Stelle bestimmen soll, welche Zeitungen erscheinen dürfen. Auch die Auseinandersetzungen über die Preßfreiheit zeigten, daß die Mehrheit zum Teil noch in den Auffassungen des bürgerlichen Liberalismus befangen war.

In den Statuten wurden einige Abänderungen getroffen. Der § 1 des Verbandsstatuts lautet jetzt: „Der Verband der deutschen Buchdrucker hat zum Zwecke die Vertretung der gewerblichen sowie Förderung der materiellen und geistigen Interessen seiner Mitglieder mit Ausschluß aller parteipolitischen und religiösen Fragen." Als neu kommt in das Statut die Bestimmung, daß Gehilfinnen Mitglieder des Verbandes werden können. Der wöchentliche Verbandsbeitrag beträgt ab Juli 1920 3,50 M. Von einer wesentlichen Erhöhung der Unterstützungen wurde unter Hinweis auf den Kampfcharakter der Organisation abgesehen. Der jetzige Tarif ist sowohl von den Unternehmern wie auch von den Gehilfen gekündigt worden.

Die Entschädigung der Beisitzer bei den Schlichtungsausschüssen entspricht heute in keiner Weise mehr den vorhandenen Notwendigkeiten. Besonders der Arbeitslohnverlust ist heute ein derartig hoher, daß die Beisitzer nicht in der Lage sind, diese Verluste zu tragen. Auf eine Eingabe an das Arbeitsministerium ist nachstehende Antwort eingelaufen. Wir halten es für notwendig, diese allgemein zur Kenntnis zu bringen.

Der Reichsarbeitsminister.
I. B. 4625.

Zum gefl. Schreiben vom 14. Februar 1920.

Die Frage der Vergütung der Beisitzer bei den Schlichtungsausschüssen wird in dem Gesetzentwurf einer Schlichtungsordnung neu geregelt werden. Bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes bin ich zu meinem Bedauern nicht in der Lage, eine durchgreifende Änderung der bisherigen Bestimmung zu treffen. Jedoch hat sich der Herr Reichsminister der Finanzen auf meinen Vorschlag damit einverstanden erklärt, daß den Beisitzern zur Vermeidung von Härten bei Nachweis des Ausfalles eines das zuständige Tagegeld übersteigenden Arbeitsverdienstes der Mehrbetrag aus Reichsmitteln erstattet wird. Eine entsprechende Mitteilung wird demnächst allen Länderregierungen durch den Herrn Reichsminister der Finanzen zugehen.

J. A.: Siefart.

Solidarisch mit den Mördern.

Aus Wien kommt folgende Meldung:

„Der christlich-soziale Parteitag nahm einstimmig eine Entschließung an, worin die Haltung der christlich-sozialen Abgeordneten in der Nationalversammlung gebilligt und ihnen das vollste Vertrauen ausgesprochen, während der gegen Ungarn geführte Boykott aufs schärfste verurteilt wird. Die Haltung der Regierung wird bedauert und allen Bediensteten und Beamten der österreichischen Bahn- und Postverwaltung, die trotz des Terrors ihre Pflicht erfüllt haben, der beste Dank ausgesprochen."

Auch die schweizerischen Brüder in Christo haben beschlossen, daß in Ungarn weiter gemordet werden darf. So sieht die „Nächstenliebe" in der Praxis aus. Die Brüder sind nicht wert, daß man sie anspuckt.

Vom Ausland

Finnland.

Auf der Schiffswerft in Helsingfors ist ein Transport von 80 deutschen Facharbeitern angekommen. Die Kollegen haben einen Kontrakt auf ein Jahr unterschrieben. Ferner sollen sie freie Wohnung auf dem Fabrikgelände und einen Stundenlohn von 3,50 M bei neunstündiger Arbeitszeit erhalten. Die Verpflegung übernimmt die Fabrik, zieht aber täglich 15 M dafür vom Lohn ab, so daß ein wöchentlicher Verdienst von rund 80 M bleibt, viel zu wenig, um bei den hiesigen Verhältnissen die übrigen Ausgaben bestreiten zu können. Die Kollegen befinden sich in einer schlechten Lage. Ein dort lebender deutscher Kollege ersucht uns, den Kollegen den Rat zu erteilen, unter 6 M Stundenlohn keinen Vertrag mehr einzugehen.

Niederlande.

In den letzten Wochen werden wir wieder überströmt von Anfragen deutscher Kollegen, welche nach Holland reisen wollen, um Arbeit zu suchen. Sie fragen uns dafür nach Adressen von Firmen, welche Arbeiter gebrauchen können, ob wir für eine Stellung Sorge tragen können, wie die Lebensverhältnisse sind usw.

Wir müssen den Kollegen jedoch aufs dringendste abraten, nach hier zu kommen.

Ende Mai ist der Vertrag mit dem „Metaalbond" (Verband von niederländischen Industriellen) abgelaufen, und da unsere neuen Forderungen von den Arbeitgebern nicht bewilligt worden sind, ist es so gut wie sicher, daß bald ein großer Streik zu erwarten ist.

Will man hier dennoch Arbeit annehmen, dann ist es erwünscht, sich erst an den kommunalen Arbeitsnachweis (gem. Arbeidsbours) in der betreffenden Stadt zu wenden, ob bei der betreffenden Firma alles in Ordnung ist. Mit besten Grüßen

P. Danz, intern. Vertrauensmann.

Verbands-Anzeigen

Angestellter gesucht.

Thale a. Harz. 1. Kassierer für sofort gesucht. 5jähr. Mitgliedschaft. Mit Verbandseinrichtungen, insbesondere mit Kassenverhältnissen u. Buchführung, durchaus vertraut, rednerisch u. agitatorisch befähigt. Gehalt nach den Beschlüssen der Stuttgarter Generalversammlung mit der üblichen Teuerungszulage, Dienstjahre werden angerechnet. Bewerbungen unter Angabe des Berufs, Alters, Familienverhältnisse, Gesundheitszustand, sowie eingehende Schilderung der bisherigen Tätigkeit in der modernen Arbeiterbewegung bis spätestens 25. Juli mit der Aufschrift „Bewerbung" an den 1. Bevollmächtigt. W. Wenkel, Steinbruchsweg 22b.

Sonstige Anzeigen

Balancierer für Milchzentrifugentrommeln zum sofortigen Eintritt bei gutem Lohn gesucht. (...
„Hema", Heidenau, Bezirk Dresden.

Maschinenhauer, tüchtige, für große Ammendorfer- oder Frowein-Maschine sofort in dauernde Stellung gesucht. Georg Meißner, Feilenfabrik, Großenhain i. Sa. (...

Werkzeugschlosser. Wir suchen für unsere hydraulische Pressenanlage einen tüchtig., erfahrenen Spezial-Schlosser für Matrizenbau. Bei zufriedenstellenden Leistungen wird dem Betreffenden Anstellung als Vorarbeiter mit Monatsgehalt in Aussicht gestellt. Geeignete Bewerber, welche langjährige Erfahrung im Matrizenbau haben, werden ersucht, ihre Bewerbung mit kurzem Lebenslauf, Zeugnis-Abschriften und Lohnansprüchen einzusenden an (...
Wolff & Comp., Walsrode, Provinz Hannover.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötestraße 16 B.